

# **Arbeitsgemeinschaft Basellandschaftlicher Personalverbände**

An die Medien  
der Region Basel

Liestal, 23. Dezember 2015

## **Medienmitteilung: Kanton verweigert den Staatsangestellten die Verzinsung der Pensionsguthaben – 9.5 Millionen Franken Einbussen für die Versicherten**

0.00%: Wäre es nach dem Willen der Baselbieter Regierung gegangen, wären die Pensionsguthaben der Kantonsangestellten sowie der Primar- und Musikschullehrkräfte im laufenden Jahr nicht verzinst worden. Während die paritätisch zusammengesetzten Vorsorgekommissionen anderer staatsnaher Betriebe sich auf Verzinsungen in der Größenordnung von 1.25% einigen konnten, verweigerte sich die Arbeitgeberseite des kantonalen Vorsorgewerks unter mehr als offensichtlichem Druck von oben jeglichem Zugeständnis, das über die Nulllösung hinausgeht. Nach der bereits vom Landrat abgesegneten Lohnkürzung bläst die Regierung nun also auch zum Frontalangriff auf die zukünftigen Renten ihrer Angestellten. Hatte der Regierungsrat in der vom Volk angenommenen Vorlage zur Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse noch explizit darauf hingewiesen, „dass die Versicherten ein schützenswertes Interesse an

einer guten Verzinsung ihrer Sparkapitalien haben“ (vgl.

<https://www.basel.ch/fileadmin/basel/files/docs/parl-ik/vorlagen/2012/2012-176.pdf>, Seite 64), so zeigt er bereits bei der ersten sich bietenden Gelegenheit, dass er damals nichts mehr als ein taktisches Lippenbekenntnis abgegeben hat. Die angebliche „Bentley-Lösung“, wie die BLPK-Reform im Vorfeld der Abstimmung teilweise bezeichnet wurde, entpuppt sich bestenfalls als Rollator.

Aufgrund der nicht zustande gekommenen Einigung innerhalb der Vorsorgekommission des Kantons lag der Entscheid über die Verzinsung nun bei der Geschäftsleitung der BLPK. Diese hat salomonisch eine Verzinsung von 0.875% festgelegt, und sich damit für den Mittelwert innerhalb der reglementarisch möglichen Bandbreite von 0% bis 1.75% entschieden.

Für die Kantonsangestellten sowie die demselben Vorsorgewerk angeschlossenen Primar- und Musikschullehrkräfte der Baselbieter Gemeinden bedeutet dieser Abschluss, dass zum verlorenen Lohnprozent (Verlust ab kommendem Jahr jährlich 6 Millionen Franken) schon in diesem Jahr noch eine Renteneinbusse von rund 9.5 Millionen Franken hinzukommt.

Weitere Auskünfte:

Martin Kaiser, Co-Präsident vpod region basel, 079 478 75 23

Michael Weiss, Geschäftsführer Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland LVB, 061 973 97 07